

*Offener Brief vom 10. August 2020  
der Belarussischen Gemeinde in Deutschland an die Bundesregierung*

# **Tausende Festnahmen, Hunderte Verletzte und mindestens ein Todesopfer in Belarus**

## **Sehr geehrte Damen und Herren,**

die Ereignisse rund um die Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 haben großes Entsetzen bei vielen in Deutschland lebenden Belarussen und deren Angehörigen sowie Freunden ausgelöst. In Städten wie Berlin, München, Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und Bremen wurden bereits Solidaritätsaktionen organisiert.

Der aktuelle Präsident von Belarus Alexander Lukaschenko, welcher auch als „letzter Diktator Europas“ bekannt ist, hat seine autokratische Kontrolle über die Gesellschaft, den Polizeiapparat und die belarussischen Medien erneut genutzt, um nach 26 Jahren seiner Herrschaft zum sechsten Mal „gewählt“ zu werden.

Festnahmen, Einschüchterungen und Drohungen waren in den Vorwahlmonaten an der Tagesordnung. Dennoch kamen zahlreiche Belarussen zu den Wahlkabinen, um die alternative demokratische Kandidatin Sviatlana Tsikhanouskaya zu unterstützen. Dutzende Wahllokale haben ihre Ergebnisprotokolle veröffentlicht. Hieraus ist zu erkennen, dass Sviatlana Tsikhanouskaya in der Größenordnung von ca. 75 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ungeachtet dessen hat die langjährige Vorsitzende der Wahlkommission 80 Prozent für Lukaschenko „zugeteilt“ und damit die belarussischen Bürger und Bürgerinnen um ein demokratisches Wahlergebnis betrogen.

Tausende Menschen sammelten sich auf den Straßen von Minsk und von zahlreichen anderen Städten, um ihre Wahl friedlich zu verteidigen. Die Polizei und Militäreinheiten sind gegen diese friedlichen Demonstranten gewalttätig und mit Anwendung von Blendgranaten, Wasserwerfern und Gummi-Geschossen vorgegangen, was über 3.000 Festnahmen, Hunderte Verletzte und mindestens ein Todesopfer zur Folge hatte. Es ist ein beispielloser Akt der Brutalität in der modernen Geschichte von Belarus und dies darf im 21. Jahrhundert nicht geschehen. Auch in diesen Minuten, am 10. August 2020, schießen Militär und Polizei in vielen Städten von Belarus auf die friedlichen Menschen.

Deutschland, als eine einflussreiche europäische Demokratie, darf seine Augen nicht davor verschließen, dass sich ein Volk von seinem Autokraten lösen möchte. Die Bundesre-

publik muss alle diplomatischen Wege auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene beschreiten, um die demokratischen Kräfte in Belarus zu unterstützen.

Wir bitten Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen, alle Möglichkeiten, die Ihnen zur Verfügung stehen, zu nutzen, um die gewaltsame Unterdrückung zu stoppen – sei es eine offizielle Verurteilung durch die Bundeskanzlerin und das Deutsche Außenministerium, persönliche Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die Wahlfälschung und das gewaltsame Vorgehen oder Wirtschaftssanktionen.

Selbstverständlich dürfen keine Waffen und keine polizeilichen Sondermittel nach Belarus exportiert werden – auch nach der bereits geltenden EU-Regelung. Uns ist es bekannt, dass die eingesetzten Blendgranaten aus einer tschechischen Quelle stammen.

Wir bitten Sie, ein klares Signal an die belarussische Regierung zu geben, dass die offiziell verkündeten Wahlergebnisse nicht anerkannt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Solidarität!

Kontakt: Elisabeth Chigrin, echigrin@gmx.net